

12. Entlastung der Rechnung der Elementarschulen pro 1888/89 und 1889/90.

Die Rechnungen der Elementarschulen pro 1888/89 und 1889/90 liegen zur Entlastung vor. Dieselben balancieren in Einnahme und Ausgabe. Bei Lit. 3, Post. 1 der Rechnung pro 1889/90 sind gegen das Etatsloft 14 Pfg. mehr angegeben und wird die Veranlassung ersucht, dies gutheissen zu wollen.

Berichterstatter Herr Kobert: Die Rechnung pro 1888/89 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 359 817,37 Mk. Der städtische Zuschuß betrug 211 781,60 Mk. Ich bitte Sie, die Entlastung auszusprechen.

St.-R. Welfsch: Ich möchte zur Entlastung nichts sagen, nur etwas erwähnen, was mit der Schule zu thun hat. Es ist im vorigen Jahre vorgekommen, daß in der Schule in der Halle wiederholt Diebstähle ausgeführt worden sind. Ich weiß nicht, ob der Magistrat Kenntniß davon genommen hat. Ich will dies nur mitgetheilt haben mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß dies nicht wieder vorkommt.

Stadtschulrath Dr. Krähle: Es ist ein Kind gewesen, welches auch gerichtlich verurtheilt ist. Seitdem ist nichts wieder vorgekommen.

St.-R. Friedrich: Ich möchte gern Aufklärung darüber haben, warum die Entlastungen so spät erfolgen.

Vorsitzender: Dieser Zustand ist zweimal erörtert worden. Herr Friedrich war aber dabei nicht zugegen. Die Rechnungen werden in Zukunft früher vorgelegt werden.

Berichterstatter Herr Kobert: Die Rechnung pro 1889/90 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 383 366,29 Mk. Der städtische Zuschuß betrug 269 152,90 Mk. Aufgefallen ist mir nur, daß der Kaufpreis der Schwämme so große Preisschwankungen aufweist.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß Sie die Entlastung ertheilen und die kleine Summe nachbewilligen wollen.

13. Entlastung der Rechnung der katholischen Schule.

Berichterstatter Herr Welfsch: Die Rechnung der Klasse der katholischen Schule pro 1892/93 liegt zur Entlastung vor. Dieselbe balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 46 885,87 Mk. Der Zuschuß des Staates beträgt 1400 Mk., der Schulbaufonds 28 095,21 Mk.

Ich beantrage die Entlastung. Ich möchte aber auf einen Punkt hinweisen. In der Einnahme stehen die Zinsen aus einer Stiftung. Da nun die Stadt die Schulen zu unterhalten hat, können wir die eigentlich nicht behalten. Die Entlastung wird ausgesprochen.

14. Entlastung der Rechnung über den Fond zum Bau eines Asyls für Obdachlose.

Berichterstatter Herr Sachs: Die Rechnung über den Fond zum Bau eines Asyls pro 1892/93 liegt zur Entlastung vor. Dieselbe ergibt

in Einnahme 8042,71 Mk.

in Ausgabe 8042,65 "

Bestand 0,06 Mk.

Das Vermögen hat einen Nennwerth von 107 092,06 Mk. Ich beantrage die Entlastung anzusprechen. Bemerken möchte ich mir noch, daß die Einnahme aus der Gewährung von Tanzbeschlüssen diesen Fonds zuzuführen. Diefelben betragen 21 623 Mk.

Die Entlastung wird ausgesprochen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6 1/2 Uhr.

Extra-Beilage zu Nr. 286 des General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis.

Mittwoch den 6. December 1893.

Stadtverordneten-Sitzung

am 4. December 1893.

(Stadtdruck verboten)

Anwesend sind a) am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Staudé, Bürgermeister Dr. Schmidt und die Stadträte Kolla, Geuzner, v. Hohn, Dr. Krähle, Pfeiffer, Schütze, Bonstedt;

b) unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungsrathes a. D. Gneiss die Stadtverordneten: Pelt, Dr. Demmert, Bethde, Billing, Brinmann, Brömmel, Brinckel, Demuth, Dietlein, Dr. Dittenberger, Elze, Fiedler, Friedrich, Haase, Heiser, Henze, Herrm, Herzfeld, Hildebrandt, Dr. Hüllmann, Jenzsch, Dr. Keil, Klunhardt, Robert, Dr. Rößlshütter, Resse, Otto, Paul, Rausch, Richter, Risch, Roth, Sachs, Schmidt, Schütte, Schulz, Seiff, Weise, Welfsch, Werther, Zander.

Entschuldigt sind die Herren St.-R.: Steinhauf, Stecker, Herz, Krowatzki.

Beginn der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Vorsitzender: Es ist eine Petition von dem Lehrer an der höheren Mädchenschule, Lebe eingegangen, welcher bei Reingültigung der Gehälter der wissenschaftlichen Lehrer um eine Gehaltserhöhung bittet. Diese Sache kann nur in Verbindung mit der allgemeinen Erhöhung der Gehälter verhandelt werden. Daher werde ich dieselbe der Finanzkommission überweisen. Dann ist noch eine eilige Sache eingegangen. Sie betrifft die Bildung zweier Bureaus für die engere Wahl in einer Stadtverordnetenabtheilung, in welcher eine absolute Majorität nicht erzielt worden ist.

St.-R. Sachs: Für die 3. Abtheilung des 3. Bezirks sollen zur Bequemlichkeit der Wähler 2 Bureaus gebildet werden. Der Magistrat hat dem Wünsche stattgegeben, und es müssen nun noch 2 Beisitzer gewählt werden. Ich schlage die Herren Freyberg und Haase vor.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Die Versammlung tritt nunmehr in die Berathung der Tagesordnung ein.

1. Kostendewilligung für Ueberführung von Bureaus nach dem Rathskellergebäude.

Unter Darlegung der Nothwendigkeit ersucht der Magistrat die Versammlung, die für die Verlegung des Bureaus für Kranken-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung, sowie des Einwohnermeldeamts in die im Zwischengedöck des Schmeerstraßengäßels im Rathskeller-Neubau befindlichen Räume und für Einrichtung derselben zu den gedachten Zwecken auf

1850 Mark

bzw. 1750 "

und 988 "

im Ganzen 4588 Mark

nach beigefügtem Anschlage berechneten Kosten zu Lasten des Kap. XXI, Pos. 6 bewilligen zu wollen.

Berichterstatter Herr Baumeister Schulze: Es handelt sich um bauliche Einrichtung der Lokalitäten, Verlegung der Bureaus und Mobiliarausstattung.

Die Baukommission hat ziemlich lange über diese Sache berathen, weil sie an der Magistratsvorlage mancherlei Zweifel hatte, vor allen Dingen Bedenken gegen die Heizung. Wir haben wohl dort eine Centralheizung, aber dieselbe ist einseitig nach dem Hofe gelegen. Es ist daher nöthig, um eine gleichmäßige Heizung zu erzielen, zwei eiserne Ofen aufzustellen. Die zweite Frage war die Beleuchtung. Der Rathskeller wird durch elektrisches Licht beleuchtet. In Bezug auf den Kostenpunkt wird man sich mit dem Vierbrenner oder mit Gas begnügen müssen. Endlich fiel der Kommission

die Höhe der Summe auf, namentlich war die Summe für das Mobiliar zu hoch. Auch war die Summe für bauliche Einrichtung nicht getrennt von der für das Mobiliar. Aus diesen Gründen hat die Kommission von dem Magistrat einen neuen Kostenaufschlag gefordert, die Summen sollten auf das Nothwendigste herabgesetzt werden, da die ganze Einrichtung nur als eine provisorische angesehen wird. In Bezug auf die Beleuchtung war die Kommission hauptsächlich der Ansicht, wenn sich der Kostenpunkt herabmindern ließ, es bei elektrischem Lichte zu belassen. Nach dem neuen Kostenaufschlag ist die Summe für bauliche Veränderungen von 2243,40 Mk. auf 1750 Mk., die für die Herstellung der Kesselröhren, die alten noch brauchbaren sollen benutzt werden, von 2344,60 auf 1300 Mk. und die ganze Summe von 4588 auf 3050 Mark herabgesetzt werden.

Die Baukommission hat diesem Aufschlage nichts mehr entgegenzusetzen. Ich meinerseits möchte noch hinzufügen, daß wir bei der Bewilligung dieser Summe nicht berechnen wollen, daß, falls eine andere Bestimmung dieser Räume eintritt, die Summe für die baulichen Veränderungen, welche sich auf Ertheilung von Wänden und Einrichtung von zwei Windfängen erheben, als weggeworfen zu betrachten sind. Die Windfänge sind allerdings für die Zukunft nicht unbedingt. Namens der Kommission beantrage ich also die Bewilligung der Summe.

Berichterstatter der Finanzkommission Herr Billing: In der Finanzkommission wurde lebhaft die Frage erörtert, ob es sich nicht empfiehlt, andere als die vorgeschlagenen Bureaus nach dem Rathskellernneubau zu verlegen. Es wurde auf die Unzulänglichkeit der Räume für die Stenerrezeptur und die unangünstigen Verhältnisse des Stadtbauamtes hingewiesen. Inbezug wurden auch erhebliche Bedenken gegen die Vorschläge geäußert: Ich erwähne nur bezüglich der Stenerrezeptur den Transport des Geldes allabendlich über die Straße.

Hinsichtlich der baulichen Veränderungen ist die Finanzkommission den Vorschlägen der Baukommission beigetreten. Ich empfehle also, die Veranlassung wolle sich mit der Verlegung der Bureaus einverstanden erklären und die Mittel für die baulichen Veränderungen und die Aufstellung von Mobilien, wie sie im Kostenaufschlage verzeichnet sind, bewilligen.

St.-R. Prof. Dittenberger: Meine Herren! Ich sehe auf denselben Standpunkte. Jedoch ist mir ein Punkt nicht recht klar. Ich habe die Vorstellung gehabt, daß das Wesentliche an der Vorlage das ist, daß dadurch die Nothwendigkeit eines großen Nebenbaues eine lange Reihe von Jahren hinausgeschoben ist. In das der Fall, so machen wir ein vorzügliches Geschäft. Aber eben darum möchte ich Näheres darüber wissen, ob das der Fall ist und auf wie lange wir hoffen können, auf einen Nebenbau zu verzichten. Durch die Verlegung der Bureaus werden ja Räume frei werden, und auch dieser Saal wird frei werden. Da das aber so viel sehr wird, als wir für die nächste Zeit gebrauchen, darüber möchte ich ein paar Worte hören.

Allerdings liegt mir die Stenerrezeptur schwer auf dem Herzen. Der Theil für das wartende Mobiliar ist ungenügend und deshalb möchte ich hören, ob eine Möglichkeit vorhanden ist, irgendwie bessere Zustände zu schaffen und ob die Nothwendigkeit zu einem Nebenbau eventuell auf eine längere Zeit hinausgeschoben wird.

Oberbürgermeister Staudé: Ich glaube dies Namens des Magistrats bejahen zu können. Allerdings bin ich anderer Stände so sagen, auf wie lange Zeit die gegenwärtigen Verhältnisse ausreichen werden. Wir wünschen dringend im Hinblick auf die unangünstigen Zeitverhältnisse einen Rathskellernneubau so lange wie möglich hinauszuschieben. Dies hängt aber von dem Wachen der Stadt ab. Gegenwärtig

haben wir leider eine Depression der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Wir haben kaum eine nennenswerthe Bevölkerungszunahme gehabt. Wenn das so bleibt, dann können wir eine längere Reihe von Jahren warten. Genau läßt sich das nicht sagen.

Wie dem Uebelstande in der Steuerrezeption abgeholfen werden kann? Durch Veränderung der Bureau's werden die Zustände nicht gebessert. Die Rezeption muß neben der Stadtkassastelle liegen. Aber, meine Herren, der Magistrat hat den Beschluß gefaßt, im Hinblick auf die vorhandene Lokalität, die Einführung des Steuerrezeptionsbüros vorzuschlagen. Wir glauben, daß dies jetzt viel mehr notwendig geworden ist, wie früher. Wir glauben, dieses System jetzt so begründet zu können, daß Sie dasselbe annehmen werden. Eine entsprechende Vorlage wird Ihnen in nächster Zeit zugehen.

Durch die Verlegung der Bureau's wird sich eine Verschiebung im ganzen Verwaltungsorganismus vornehmen lassen. Wir werden mehr Räume frei bekommen und der Dienst wird besser regulirt werden können. Bis zur Erweiterung der Räume wird aber eine gute Reihe von Jahren vergehen.

Et. B. Klinkhardt: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Arbeiten in engerer Submission vergeben werden sollen. Es erscheint mir dies wünschenswert.

Vorsitzender: Ich bin der Meinung, das ist ganz selbstverständlich, da ja ein früherer Beschluß der Versammlung vorliegt.

Et. B. Klinkhardt: Ich habe guten Grund, dies zu beantragen, da ich viele Rechnungen geprüft habe, auf denen es immer heißt: „nach mündlicher Preisvereinbarung“.

Et. B. Bethke: Ich möchte Herrn Klinkhardt bitten, seinen Antrag zu formulieren. Das kann so allgemein gar nicht angenommen werden. Ich würde vorschlagen, zu sagen, soweit sich die Arbeiten überhaupt dazu qualifiziren.

Et. B. Klinkhardt: Ich habe meinen Antrag dahin gestellt: „soweit es zugänglich ist“.

Et. B. Keffe: Ich hebe nicht auf dem Boden der engeren Submission, sondern beantrage öffentliche Submission. Durch die enger Submission entstehen manche Unzuträglichkeiten. Auch möchte ich bitten, auszusprechen, daß nur gewisse Unternehmer zugelassen werden sollen.

Vorsitzender: Ich werde nun über den weitergehenden Antrag des Herrn Keffe abstimmen lassen. Derselbe wird mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen. Danach wird der Hauptantrag mit diesem Amendement genehmigt.

2. Mittelbewilligung zur Beschaffung eines Flügels.

Der Magistrat beantragt, die Kap. XI. A. IV. 3 f. des laufenden Haushaltungsplanes für die Anschaffung eines Flügels für die Aula des Stadgymnasiums und die städtische Derrerschule behufs Herbeiführung eines erfolgreichen Unterrichtes im Gesange der Schüler der beiden genannten Anstalten zur Disposition beider städtischen Behörden gestelltes 1350 Mark zur Anschaffung des qu. Instrumentes definitiv bewilligen zu wollen.

Berichterstatter Herr Hillmann: Seit längerer Zeit ist für die Derrerschule und das Gymnasium ein Instrument nötig. Früher hatte der Lehrer Mund einen ihm gehörigen Flügel dorthin geschafft. Derselbe ist viele Jahre beim Singen gebraucht worden. Nach dem Abgang des Herrn Mund ist der Flügel in den Besitz der Stadt übergegangen und zwar ist derselbe für 75 Mk. Herrn Mund abgekauft worden. Der Flügel hat gar keinen Werth mehr. Daher stellt das Kuratorium und der Magistrat den Antrag, ein neues Instrument zu bewilligen. Schon im vorigen Jahre hat man in den Etat zur Anschaffung desselben den Betrag von 1350 Mk. eingestellt. Herr Lehrer Grigel hat sich ganz bestimmt gegen den vorhandenen Flügel ausgesprochen. Das Kuratorium ist damit einverstanden, daß ein Flügel angeschafft muß, und so hat man jetzt den Antrag auf

Bewilligung dieser 1350 Mk. gestellt. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß für 1350 Mk. ein gutes Instrument angekauft werden könnte und zwar von Blüthner-Keipig und zwar ein solches, welches in der Form nicht zu den ersten Instrumenten gehört, insolge dessen einen billigen Preis hat. Sie bekräftigt die Bewilligung der Summe.

Et. B. Otto: Ich möchte mich unterrichten, ob das vorgeschlagene Instrument ein neues oder ein gebrauchtes ist. Stadtschulrath Dr. Krähe: Ich habe bei der Firma Blüthner erfahren, daß sie kein Instrument hat, die aber billiger verkauft werden, weil sie in der Form nicht mehr ganz modern sind. Das sind also keine abgepielten Instrumente.

Et. B. Otto: Meine Herren! In dem gewöhnlichen Gesangsunterricht in Schulen hat man selten neue Instrumente verwendet. Man hat in der Regel gebrauchte gute Instrumente zu billigeren Preisen zu kaufen gesucht. Dann hätte ich aber auch erwartet, daß wir Konkurrenz zugelassen hätten. Das Kuratorium könnte ja eben so gut die Fabrikanten auffordern zur Einlieferung von Offerten. Ich kann Ihnen Beispiele angeben, wo Flügel, welche vollständig gut waren, für 800—1000 Mk. gekauft worden sind. Ich bitte also denselben Wobens wie sonst immer zu halten und dann das Kuratorium zu veranlassen, die Instrumente durch den Gesangslehrer prüfen zu lassen.

Vorsitzender: Ihr Antrag geht also dahin, auf dem Wege der engeren Submission ein gutes Instrument billig zu beschaffen.

Et. B. Werther: Der Justizke Flügel ist zu verkaufen. Der ist allerdings theurer, da er neu 7500 Mk. gekostet hat.

Et. B. Bethke: Ich habe nichts dagegen, daß Angekote eingefordert werden sollen. Aber ob dieser oder jener Flügel genommen werden soll, das ist Sache des Magistrates. Ich stelle den Antrag, die Summe zu bewilligen.

Et. B. Welsch: Ich stimme dem Antrag Otto zu. Wir wollen versuchen, ein billiges Instrument zu suchen.

Stadtschulrath Dr. Krähe: Meine Herren! Ich möchte Sie bitten, nicht den Weg zu betreten, welcher vorgeschlagen ist. Daß der Magistrat ein gutes Instrument besorgen wird, ist selbstverständlich.

Et. B. Keffe: Wenn wir so beschließen, dann wird der Flügel aus Leipzig geholt. Wir wollen das Geld in Halle behalten. Wir haben hier auch gute Firmen. Ich bin dafür, daß die Vorlage noch einmal gemacht wird.

Et. B. Welsch: Die Summe ist mir zu hoch. Ich halte einen so theuren Flügel nicht für nötig. 1000 Mk. genügen vollständig. Ich werde einen bezüglichen Antrag stellen, wenn der Antrag Otto nicht durchgehen sollte.

Et. B. Hillmann: Ich halte dafür, daß Sie die Magistratsvorlage bewilligen bis zur Höhe von 1350 Mk., aber mit der Maßgabe, daß der Magistrat durch Konkurrenz von sämtlichen hiesigen Instrumentenhandlungen Offerten einfordert und dann kauft mit Hilfe eines Sachverständigen.

Et. B. Otto: Ich habe betont, daß der Sachverständige ein Lehrer sein kann. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß in dem Lokale ein gutes Instrument gar nicht gehütet werden kann. Ich bin daher dafür, daß ein altes Instrument gekauft wird.

Vorsitzender: Wir haben zuerst darüber abzustimmen, die Beschaffung anzusetzen und den Magistrat zu bitten, durch enger Submission den Versuch zu machen, einen guten Flügel zu bekommen.

Der Antrag wird angenommen.

3. Haushaltsplan der katholischen Schule pro 1894/95.

Berichterstatter Herr Demuth: Der Haushaltsplan der katholischen Schule pro 1894/95 liegt zur Feststellung vor; derselbe weist an Einnahme 2110 Mk. und an Ausgaben

10640 Mk. nach. Der städtische Zuschuß beträgt 8530 Mk. Die Finanzkommission hat den Plan geprüft und bittet um Genehmigung desselben.

Dies geschieht.

4. Mittelbewilligung zur Instandsetzung einer Abortanlage

wird in die geschlossene Sitzung verwiesen.

5. Petition Augustin.

Berichterstatter Herr Schütte: Herr Augustin hat in der Liebenauerstraße Nr. 47 ein Grundstück. Im August des Jahres 1890 hat er einen Bankrottens beantragt zur Erweiterung der Gebäude. Derselbe ist ihm am 25. August ankandlos bewilligt worden, obgleich schon damals die Fluchtlinie für die Südstraße festgelegt war, diese aber die Baulichkeit traf. Da die Räume für die vorhandene Dampfkraft zu klein geworden waren, beantragte Augustin im Jahre 1891 einen neuen Bankrottens zur Genehmigung eines Anbaues. Dieser Kontens ist ihm unter dem 21. Februar 1891 verlag worden. Eine Beschwerde seinerseits hat zu keinem Resultat geführt. Ein erneuter Antrag ist wieder abschlägig beschieden, weil der Anbau gerade in das Straßenterrain der Südstraße zu liegen komme. Er betritt jetzt den Weg der Petition und macht geltend, daß durch das Versehen, welches im Jahre 1890 vorgekommen sei, er geschädigt worden sei. Er würde sonst anders gebaut haben. Jetzt sei er nicht in der Lage, zu vergrößern, und sein Gewerbe würde beeinträchtigt und das Grundstück sei unüberwerthig geworden. Er bittet, das zum Anbau der Südstraße nötige Terrain schon jetzt von ihm zu erwerben.

Zweitens glaubt er auch zu hoch zur Miethsteuer veranlagt zu sein. Er bittet, dieselbe von 600 auf 350 Mk. herabzusetzen.

Die Petitionskommission ist zu folgendem Beschlusse gekommen, und ich empfehle Ihnen denselben zur Annahme.

Sie hat beschlossen der Versammlung zu empfehlen, bezüglich des ersten Theiles, die Erwerbung von Land betreffend, insoweit zu berücksichtigen, daß bei einer event. Vereinbarung mit dem Bittsteller eine geräumliche Eintragung gemacht wird, die dafür Gewähr leiht, daß bei der demnachstigen Anlage der Südstraße Augustin die baufälligen Veränderungen entschädigungslos abbrechen muß, und daß unter dieser Bedingung der Kontens ermöglicht wird. In Bezug auf den zweiten Theil empfiehlt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Ein Versehen lag 1890 nicht vor, denn Neubauten können nach Feststellung der Fluchtlinien verlag werden, aber sie brauchen nicht verlag zu werden. Allerdings darf man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß eine Schädigung eingetreten ist. Er würde anders disponirt haben und ist jetzt in seiner Disposition gehindert. Das hat er freilich selbst zuzuschreiben. Das mußte er schon 1890 wissen, daß er in die Fluchtlinie kam. Er hat aber vernachlässigt, in den Situationsplan die Straßen einzzeichnen zu lassen. Eine gewisse Schuld lag auch von Seiten der Behörde vor. Nun glaubt man den Mittelweg einschlagen zu können. Daß das Terrain vorzeitig angekauft werden müßte, davon nahm man Abstand. Im Uebrigen empfehle ich Ihnen die Beschlüsse der Kommission zur Annahme.

Et. B. Welsch: Ich möchte die Anfrage stellen, ob die ungenügende Zeichnung für die Kommission ein Grund zur Entscheidung gewesen ist. Ich glaube, die Baupolizei hätte das Verlangen stellen müssen, diese Eintragungen vorzunehmen. Wenn sie das nicht getan hat, so scheint mir Augustin schuldlos zu sein.

Et. B. Schütte: In den Baueinzeichnungen von 1890 sind die Straßen nicht eingezeichnet, wie es die Baupolizeiordnung § 6 verlangt. Wir können vielleicht über die Angelegenheit zur Tagesordnung übergehen, wir wollen aber den Mittelweg wagen.

Vorsitzender: Die Herren, die die Anträge der Petitionskommission annehmen wollen, mögen sich erheben. Die Anträge sind angenommen.

6. Petition Lohausen

fällt aus.

7. Petition Mein.

Berichterstatter Et. B. Schmidt: Das Haus Mittelwache 2 hat von dem Futhsal sehr zu leiden. Nach großem Regen führt der Kanal dem Grundstüd große Mengen von Schlamm zu. Der Besitzer hat verschiedentlich petitionirt. Die Zustände sind jetzt dort unholdat geworden. Er bittet daher, dieselben zu beseitigen. Die Lage ist nicht neu. Wir haben uns schon häufig mit veralteten Petitionen beschäftigt. Ich bin nun aber Zeuge gewesen, wie bei einem Regen im Oktober dort Massen von Schlamm und Schmutz durch das Haus fließen und noch tagelang einen unangenehmen Geruch zurücklassen. Abhilfe ist hier dringend geboten. Die Petitionskommission hat einstimmig beschlossen, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen und ihn zu bitten, bald etwas machen zu lassen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

8. Petition von Anwohnern der Grünstraße

fällt aus.

9. Entlastung der Rechnung der Wittwen- und Waisenkasse pro 1890/91.

Berichterstatter Herr Weise: Der Magistrat legt die Rechnung der Wittwen- und Waisenkasse für die städtischen Beamten zu Halle pro 1890/91 nebst Verlagen zur Kenntnissnahme vor und bittet um nachträgliche Genehmigung der bei Titel 3, 1 eingetretene Staatsübergang von 79 Mk. 64 Pf.

Ich bitte die Nachbewilligung anzusprechen. Es geschieht.

10. Nachbewilligung für die Wittwen- und Waisenkasse.

Berichterstatter Herr Weise: Der Magistrat legt auch die Rechnung der Wittwen- und Waisenkasse für die städtischen Beamten zu Halle pro 1. April 1891/92 vor und bittet um nachträgliche Bewilligung der bei Titel 3, 1 eingetretene Ueberschreitung von 22,37 Mk. Die Ueberschreitung wird bewilligt.

Vorsitzender: Ich möchte hier eine Sache einschleichen. Herr Weise wird wahrscheinlich am Baufesttag zu verreisen genöthigt sein. Er ist Reisiger und wir müssen einen Andern bestimmen.

Et. B. Sachs: Der Herr Vorsitzende hat ja schon gesagt, worum es sich handelt. Ich erlaube mir für den II. Bezirk III. Abtheilung als Richter Herrn Otto vorzuschlagen.

Die Versammlung schließt sich diesem Vorschlage an.

11. Entlastung der Rechnung der Ehrlich'schen Stiftung pro 1891/92.

Berichterstatter Herr Freyberg: Die Rechnung der Ehrlich'schen Stiftung pro 1891/92 liegt zur Entlastung vor. Derselbe ergibt an Einnahme 25270,21 Mark „ Ausgabe 23480,71 „

Bestand 1789,50 Mark. Das Vermögen der Stiftung betrug ultimo März 289591,14 Mk. Die Verwaltungskosten betragen 450 Mk. Ich habe an der Rechnung nichts zu erinnern und bitte, die Entlastung zu ertheilen. Eins möchte ich nur erwähnen, ich möchte beantragen, die Gelder mehr in Hypotheken anzulegen als in Werthpapieren.

Die Entlastung wird ausgesprochen, der Antrag aber abgelehnt.